

## Im Jahr nach der Sicherheitskonferenz<sup>1</sup>

Am 10. Dezember 2009 fand auf Einladung von Justizminister Bernd Busemann mit Vertretern von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Verbänden eine Sicherheitskonferenz in Hannover statt. Darüber habe ich im NRB Mitteilungsblatt vom Januar 2010 berichtet.<sup>2</sup>

### **Ergebnis der Sicherheitskonferenz**

Als Ergebnis hat das Ministerium u. a. festgehalten:

- 1. In Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt wird bei allen Gerichtsstandorten eine Bedarfs- und Gefährdungsanalyse erstellt. Dabei soll auch geprüft werden, welche zusätzlichen baulichen, technischen und personellen Maßnahmen evtl. noch erforderlich sind.*
- 2. Für die Durchführung von Zugangskontrollen sollen Mindeststandards für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt werden. Diese Regeln müssen es ermöglichen, für einzelne Gerichte einen geringen Sicherheitsstandard festzulegen, wenn die jeweilige Behördenleitung es wünscht und dieses unter Beteiligung des LKA entsprechend genehmigt wird. Auch soll geprüft werden, ob in den jeweiligen Nebenstellen der gleiche Standard von Zugangskontrollen erforderlich ist. Hier müssten auch organisatorische Möglichkeiten geprüft werden (z.B. Verlagerung des Publikumsverkehrs, Verschluss von Eingängen, Anpassung der Öffnungszeiten bzw. technische Standardmaßnahmen (Videokamera etc.)). Die Entwicklung von Mindeststandards für Zugangskontrollen soll im Zusammenhang mit der Durchführung der in Ziffer 1 genannten Bedarfs- und Gefährdungsanalysen erfolgen.<sup>3</sup>*

### **Gefährliche Situationen aus den letzten Monaten**

Auch danach kam es zu neuen Vorfällen, die bestätigen, dass wir uns weiter mit der Frage der Sicherheit in den Gerichten beschäftigen müssen.

Am 16. Dezember 2009 wurde im Bezirksgericht Hollabrunn in Österreich eine 42-jährige Rechtspflegerin erstochen. Unklar ist, wie es dazu kam, denn eigentlich wollte der alkoholisierte 57-jährige wegen einer Scheidungsangelegenheit zur zuständigen Richterin. Im Bezirksgericht Hollabrunn arbeiten 4 Richterinnen und Richter sowie ca. 20-25 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.<sup>4</sup> Das Bezirksgericht entspricht unserem Amtsgericht.<sup>5</sup> Dieses tragische Ereignis zeigt,

---

<sup>1</sup>

Hinweis: Nach einem Link ist in Klammern jeweils das Datum angegeben, an dem der Verfasser dessen Bestehen letztmalig geprüft hat.

<sup>2</sup> [http://www.nrb-info.de/uploads/media/100100\\_NRB\\_Mitteilungsblatt\\_Sicherheitskonferenz\\_des\\_Justizministeriums\\_Ein\\_grosser\\_Schritt\\_nach\\_vorn\\_Homepage.pdf](http://www.nrb-info.de/uploads/media/100100_NRB_Mitteilungsblatt_Sicherheitskonferenz_des_Justizministeriums_Ein_grosser_Schritt_nach_vorn_Homepage.pdf) (10.09.2010)

<sup>3</sup> Erlass des MJ vom 01.02.2010 - 5330 – 102. 15 -

<sup>4</sup> <http://www.heute.at/news/oesterreich/noe/Schuesse-am-Hollabrunner-Gericht-Zweifache-Mutter-tot;art932,175594> (10.09.2010)

<sup>5</sup> <http://www.justiz.gv.at/internet/html/default/8ab4a8a422985de30122a924323c630f.de.html> (10.09.2010)

dass Übergriffe nicht nur an größeren Gerichten zu erwarten sind und die Sicherheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch an den kleinen Gerichten gewährleistet werden muss.

Am 14. Januar 2010 verprügelte der Vater eines Missbrauchsopfers im Amtsgericht Dresden den Angeklagten während der Verhandlung.<sup>6</sup>

Im Februar 2010 fand der Justizwachtmeisterdienst des Amtsgerichts Hannover bei Einlasskontrollen u. a. 44 Messer, Teleskopschlagstöcke, Hämmer, schwere Ketten, selbst Feuerwerkskörper und Korkenzieher.<sup>7</sup> Auch nach Inbetriebnahme der Sicherheitsschleuse im Juni dieses Jahres werden bei den Stichprobenkontrollen täglich etwa 20 Messer, Schraubendreher, Pfefferspray und andere gefährliche Gegenstände gefunden.<sup>8</sup>

Im Juli 2010 wurde eine zehnfache Mutter verurteilt, der im September 2009 vom Amtsgericht Hannover das Sorgerecht entzogen worden war. Sie hatte nach einer Anhörung bei dem Familienrichter gegenüber zwei Justizbeamten geschimpft: „Den mache ich kalt, wenn der mir meine Kinder wegnimmt.“ Später wiederholte die 39-Jährige die Bedrohung gegenüber einer anderen Richterin: „Ich werde ihn umbringen, auch wenn ich 15 Jahre dafür bekomme.“<sup>9</sup>

Am 20. September 2010 nahm die Polizei im Gebäude des Familiengerichts des Amtsgerichts Freiburg/Breisgau einen 42 Jahre alten Mann fest, der mit einem Holzbeil und einem Klappmesser gesehen wurde. Der Mann, der psychisch offensichtlich angeschlagen ist, konnte von Justizwachtmeistern und den hinzu gerufenen Polizeibeamten überwältigt werden. Die Waffen übergab der Mann widerstandslos.<sup>10</sup>

Am 22. Oktober 2010 erklärte eine 58-Jährige den Justizwachtmeistern an der Einlasskontrolle des Amtsgerichts Frankfurt/Main: „Ich muss zu meinem Prozess ...“ Dann zog sie plötzlich ohne Vorwarnung einen Füllfederhalter aus der Tasche und rammte diesen einem der Beamten mehrmals ins Gesicht. Auch eine zweite Beamtin wurde von der tobenden Frau attackiert und trug Schwellungen im Gesicht davon. Dann griff der von den Beamten ausgelöste Alarm und die Frau wurde überwältigt. Zu einem Termin war sie nicht geladen.<sup>11</sup>

### **Strategiepapier**

Die im Sommer 2009 vom Justizministerium aufgestellten und auf der Sicherheitskonferenz lebhaft diskutierten „Strategische(n) Ziele und Grundsätze zur Sicherheit in den Gebäuden der Justiz“ wurden sehr schnell überarbeitet und in einer Version 2.0.1 vom 13. Januar 2010 bekannt gegeben. Während es in der alten Fassung noch hieß, dass Eingangsbereiche baulich so gestaltet sein sollen, dass

---

<sup>6</sup> <http://www.bild.de/BILD/regional/dresden/aktuell/2010/01/14/vater-verpruegelt-grabscher/im-gericht.html##> (10.09.2010)

<sup>7</sup> <http://www.bild.de/BILD/regional/hannover/aktuell/2010/03/08/waffenfunde-im-amtsgericht/bei-besucher-kontrollen.html> (10.09.2010)

<sup>8</sup> <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Sperrung-wegen-Polizei-Uebung-am-Amtsgericht/Sicherheitsschleuse-im-Amtsgericht> (26.10.2010)

<sup>9</sup> <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Zehnfache-Mutter-bedroht-Familienrichter> (10.09.2010)

<sup>10</sup> <http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/freiburg/Familiengericht-Mann-mit-Beil-und-Messer-festgenommen;art372515,4489196> (23.09.2010)

<sup>11</sup> <http://www.bild.de/BILD/regional/frankfurt/aktuell/2010/10/23/amok-frau-ilse-m/polizei-fuehrt-ab-gericht-einlass-kontrolle-augen-ausstechen-fueller.html> (26.10.2010)

Zugangskontrollen durchführbar sind, wird nunmehr deutlich formuliert: „Es sind Zugangskontrollen durchzuführen. Die inhaltliche Gestaltung wird durch eine AV geregelt.“<sup>12</sup>

Diese politische Richtungsvorgabe ist „ein großer Schritt nach vorn“. So habe ich sie bereits auf unserer Landesvertreterversammlung im Februar dieses Jahres in Osnabrück bewertet.<sup>13</sup>

### **Gefährdungsanalyse**

In den vergangenen Monaten hat ein in das Justizministerium abgeordneter Beamter des Landeskriminalamtes an einer Gefährdungsanalyse für alle Gerichtsstandorte gearbeitet. Das Ergebnis wird für Ende des Jahres erwartet.

### **Entwurf der AV "Zugang zu den Gerichten"**

Noch bevor die Ergebnisse der Gefährdungsanalyse vorliegen, wurde von einer Arbeitsgruppe der Entwurf einer AV „Zugang zu den Gerichten“ vorgelegt.<sup>14</sup> Damit wurde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Dazu hat der NRB gegenüber dem Justizministerium Stellung genommen.

*"Der NRB begrüßt die Vorgabe, dass während der Öffnungszeiten in den öffentlichen Eingangsbereichen der Gerichte ständige Zugangskontrollen durchzuführen sind und Ausnahmen nur zulässig sind, wenn die zuständige Mittelbehörde im Einvernehmen mit Ihrem Haus die Einwilligung erteilt.*

*Angesichts der bislang nicht mitgeteilten Ergebnisse der Gefährdungsanalyse durch das Landeskriminalamt, nicht festgelegten Mindeststandards, den bereits bekannten baulichen Unzulänglichkeiten an vielen Standorten, der begrenzten sachlichen Ausstattung mit Gepäckdurchleuchtungsgeräten und der personellen Situation im Justizwachtmeisterdienst werden die meisten Gerichtsleitungen vor allem der kleineren Gerichte die ihnen auferlegte Verpflichtung nicht erfüllen können. ...*

*Der NRB hält es für erforderlich, zur Verbesserung der Sicherheit in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ein bauliches, technisches und personelles Gesamtkonzept mit einem Zeitrahmen zu erstellen und die Regelung der Zugangskontrollen in dieses Gesamtkonzept einzuarbeiten. Dies war auch das Ergebnis der Sicherheitskonferenz vom 10.12.2009. Bis zur Realisierung des Gesamtkonzepts können die Gerichtsleitungen nur verpflichtet werden, entsprechend den vorhandenen baulichen Gegebenheiten und personellen Ressourcen sowie der vorhandenen technischen Ausstattung während der Öffnung der öffentlichen Eingangsbereiche im Rahmen eines von den Mittelbehörden im Einvernehmen mit Ihrem Haus genehmigten Konzepts Zugangskontrollen durchzuführen."<sup>15</sup>*

### **Übung einer Geiselnahme**

Trotz Zugangskontrollen kann ein Verbringen von Waffen und anderen gefährlichen Gegenständen in die Gerichte nicht gänzlich verhindert werden. Am 25. Oktober 2010 übten Polizeibeamte, Feuerwehr, Rettungsdienste und die Bediensteten des Amtsgerichts Hannover – insgesamt rund 300 Personen – den Ernstfall.

Dafür entwickelte der Planungsstab ein drastisches Szenario: Um Punkt 14 Uhr beginnt vor dem Amtsgericht eine Verhandlung gegen einen Einbrecher. Der Mann sitzt seit Längerem in Untersuchungshaft – niemand im Saal ahnt, dass seine beiden jüngeren Brüder die

---

<sup>12</sup> Erlass des MJ vom 01.02.2010 - 5330 – 102. 15 -

<sup>13</sup> [http://www.nrb-info.de/uploads/media/100219\\_Sicherheit\\_Homepage\\_ohne\\_Karikatur.pdf](http://www.nrb-info.de/uploads/media/100219_Sicherheit_Homepage_ohne_Karikatur.pdf)  
(10.09.2010)

<sup>14</sup> Erlass des MJ vom 15.07.2010 - 5330 – 102. 18 -

<sup>15</sup> Schreiben vom 27.08.2010

Gerichtsverhandlung nutzen wollen, um den Mann in die Freiheit zu holen. Der Richter eröffnet gerade die Verhandlung, als die beiden maskierten und mit Pistolen bewaffneten Brüder den Saal stürmen. Als sie Sekunden später mit dem Angeklagten den Gerichtssaal verlassen wollen, geht alles schief: Ein Wachtmeister stellt sich ihnen in den Weg, versucht die Flucht zu verhindern. Die Täter machen ernst und richten ihre Waffen auf den Mann. Durch einen Schuss wird der Beamte schwer verletzt – das hatten die Täter so nicht vorgesehen und schmeißen ihren ursprünglichen Plan über den Haufen. Anstatt das Gerichtsgebäude mit ihrem Bruder zu verlassen, kehren sie in den Gerichtssaal zurück und nehmen alle neun Anwesenden, darunter Staatsanwalt, Rechtsanwalt und Richter, als Geiseln.

Ziel der Großübung war, die Abläufe im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure auf den Prüfstand zu stellen.<sup>16</sup>

### ***Deeskalationstraining für Richterinnen und Richter***

Erfreulich ist festzustellen, dass inzwischen das Thema Sicherheit auch in den Fortbildungsveranstaltungen für Richterinnen und Richter einen hohen Stellenwert einnimmt. Das Oberlandesgericht Braunschweig bot eine regionale Fortbildungsveranstaltung zum Thema "Deeskalationstraining" vom 20. bis 21. September 2010 für Richterinnen und Richter der Straf- und Familiendepartements in den Amtsgerichten an. Restplätze wurden den Oberlandesgerichten Celle und Oldenburg zur Verfügung gestellt. Im Rahmen dieser Fortbildungsveranstaltung wurden die Themenbereiche "Erkennen von Konfliktsituationen" sowie "Gesprächs- und Mediationstechniken im Umgang mit schwierigen Prozessbeteiligten" behandelt. Die Referenten dieser Fortbildungsveranstaltung stellte das Bildungsinstitut des Niedersächsischen Justizvollzuges in Wolfenbüttel.<sup>17</sup> Die Veranstaltung wurde leider nur von wenigen Kolleginnen und Kollegen besucht, so dass etwa die Hälfte der Plätze frei blieb. Eine der Ursachen mag darin liegen, dass das Angebot für die Oberlandesgerichtsbezirke Celle und Oldenburg sehr kurzfristig erfolgte. Dennoch sollten solche Fortbildungen auch weiterhin regelmäßig mit langer Vorlaufzeit angeboten werden, damit Richterinnen und Richter diese bei ihrer Terminplanung berücksichtigen können.

### ***Ausblick***

Der NRB wird die Entwicklung zur Verbesserung der Sicherheit in den Gebäuden der Justiz auch weiterhin kritisch verfolgen und sich dafür einsetzen, dass weitere Schritte in der richtigen Reihenfolge gemacht werden. Es wäre schade, wenn die Entwicklung ins Stolpern gerät. Abschließend kann ich allen Mitgliedern nur raten: Sicherheit ist auch in IHREM Interesse. Beteiligen SIE sich vor Ort! Nutzen Sie die Möglichkeiten der Fortbildung, um auf plötzlich eintretende gefährliche Situationen vorbereitet zu sein!

Armin Böhm

Quelle: NRB Mitteilungsblatt Januar 2011 Seite 31 bis 33

### **Niedersächsischer Richterbund**

Geschäftsstelle  
Landgericht Hannover  
Volgersweg 65  
30175 Hannover  
Telefon: (05 11) 3 47-27 71  
Telefax: (05 11) 3 47-35 66  
E-Mail: nrb.geschaeftsstelle(at)justiz.niedersachsen.de

<sup>16</sup> <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Sperrung-wegen-Polizei-Uebung-am-Amtsgericht> (26.10.2010)

<sup>17</sup> RdVfg. des OLG Braunschweig vom 12.09.2010 - 2070 E -